

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 19. Juni 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/jw5>

Flutkatastrophe: helfen und umdenken

Die Bilder aus den Überschwemmungsgebieten der vergangenen Wochen haben zweierlei an den Tag gelegt: zum einen die Hilfsbereitschaft und Solidarität der Menschen in ganz Deutschland, zum anderen die Versäumnisse im Hochwasserschutz und die Sünden bei Flussbegradigungen und Verbauung von Überflutungsflächen. So unternahm die grüne Fraktion den Vorstoß, dieses Thema in einer Aktuellen Stunde zu diskutieren.



Die umweltpolitische Sprecherin Maïke Schaefer dankte zunächst den vielen Helferinnen und Helfern aus Bremen, die in die Flutgebiete gefahren und hier von ihren Arbeitgebern freigestellt worden sind. Zur Solidarität gehört aber nicht nur das Anpacken, dazu gehört auch finanzielle Unterstützung durch den Bund und die Bundesländer. Darüber wird der Bundesrat am 5. Juli entscheiden. Der Vorschlag, Mittel aus dem Fonds „Deutsche Einheit“ zu verwenden, wurde zunächst vom Bund abgelehnt.

Maïke Schaefer zeigte aber auch die andere Seite der Medaille auf. Für die Zukunft ist angesichts der jüngsten Prognosen des Weltklimarats mit einer weiteren Zunahme extremer Hochwasserereignisse zu rechnen. In Folge des Klimawandels ist vermehrt mit Extremregenfällen und Dürre zu rechnen. Wir brauchen daher ein radikales Umdenken in der Hochwasserpoltik, aber auch noch mehr Anstrengungen in Sachen Klimaschutz. Hier legte sie Maßnahmen für ein Hochwasserschutzkonzept vor: • schnelle und unbürokratische Hilfen für Betroffene; • ökologischer Hochwasserschutz entlang der Flüsse: den Flüssen wieder mehr Raum geben, Renaturierung, Deichrückverlegungen, Stopp von Ackerbau und Siedlungsbau in Überflutungsgebieten; • ökologischer Hochwasserschutz auf der Fläche: Flächenverbrauch und Bodenverdichtung stoppen, Ökologisierung der Landnutzung fördern; • Rückhaltefunktionen in der Landschaft revitalisieren; • innovative Konzepte zu Schutz und Anpassung von bestehenden Siedlungen; • systematische Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen für einen ganzheitlichen Hochwasserschutz; • die vollständige Umsetzung der EU-Richtlinie zum grenzüberschreitenden Management von Hochwasserrisiken.

Aussetzung der Diätenerhöhung für 2013 und 2014

Die Übernahme der Ergebnisse der Tarifverhandlungen für die Angestellten des öffentlichen Dienstes auf die Beamten gestaltet sich für alle Bundesländer schwierig, denn die Kassenlage ist allgemein schlecht. So behelfen sich einige Bundesländer damit, die Beamtenbesoldung zwar zu erhöhen, andererseits aber Stellen abzubauen. Bremen geht, genauso wie Nordrhein-Westfalen, den Weg, auf die unteren Besoldungsgruppen bis A 10 die volle Tarifierhöhung zu übertragen, der mittleren Gruppe bis A 12 nur ein Prozent Erhöhung zuzugestehen; die höher dotierten BeamtInnen ab

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Fernreisen mit dem Bus sind für RollstuhlfahrerInnen oder Menschen mit Rollatoren noch vielfach Zukunftsmusik:

Ab 2016 müssen neue Reisebusse mit Hubsystemen ausgestattet sein. Und erst ab 2020 sind die Busreiseunternehmen verpflichtet, nur noch solche barrierefreien Busse einzusetzen.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Besoldungsgruppe A 13 erhalten keine Erhöhung – Bremen hat dazu als Haushaltsnotlageland nicht die Mittel. Das entsprechende Gesetz wurde heute in 2. Lesung beschlossen.



Die parallel turnusmäßige, auf einem Index aus Gehalts- und Preisentwicklung beruhende Erhöhung der Abgeordnetenentgelte, so der Vorstoß von Matthias Güldner, Vorsitzender der grünen Bürgerschaftsfraktion, soll als Zeichen der Solidarität ebenfalls ausgesetzt werden – was allerdings rechtlich nicht so ohne weiteres funktioniert. So wurde heute zum einen das Abgeordnetengesetz in 1. und 2. Lesung geändert. Die nötige Änderung der Landesverfassung wurde auf den Weg gebracht und nach den Sommerferien endgültig beschlossen werden. Einer gemeinsamen Initiative verwehrt sich allein die Fraktion der CDU.

Werkschulen

SchülerInnen, denen das Lernen beim praktischen Arbeiten leichter fällt als in der Schule, können ihren Abschluss an sogenannten Werkschulen machen. Diese Schulen haben unterschiedliche handwerkliche oder fachliche Schwerpunkte, wie Metall- oder Elektrotechnik oder im Nahrungsmittel- und Gastronomiebereich. Im Land Bremen gibt es mittlerweile elf Standorte. Nach ersten wissenschaftlichen Auswertungen fragte die grüne Fraktion mit einer Großen Anfrage nach dem Stand und den weiteren Planungen.



Die bildungspolitische Sprecherin Sülmez Dogan wertete es als großen Erfolg, dass 85 Prozent der WerkschülerInnen im ersten Durchgang die erweiterte Bildungsreife erreicht haben und mit dem Schulabschluss eine Berufsausbildung anfangen können. Hier zeigt sich, dass es nötig ist, verschiedene Wege für einen Schulabschluss anzubieten, denn auch die SchülerInnen sind verschieden.

Es ist jedoch zu befürchten, dass die WerkschulabsolventInnen anschließend in ein wenig reformiertes Ausbildungssystem geraten, in dem erneutes Scheitern droht. Für sie müssen Ausbildungsstrukturen geschaffen werden, in denen sie sich weiter qualifizieren können und ihre Berufsausbildung ebenfalls meistern.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de